Erscheint alle 14 Tage Mittwochs. Bez.-Schluß: Sonntag.
Monats-Abonnement 0,20 Goldmark.
Anzeigenpreis: 4 mindestens Textzeile (Nichtmitgl. entspricht) 0,20 Goldmark. Stellenanz.-Anzeigen die Hälfte.

Der Schuhmacher

Verantwortlicher Redakteur: Otto Trefflich, Nürnberg. Fernspr.-Anschl. 488 Versandst. u. Redakt.: Nürnberg 1, Stenzenstraße 1,1 Zahlungen: Postscheckkonto: 20000 Expedition „Der Schuhmacher" Nbg.

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher

und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nummer 45 (49. u. 50. Woche) — Nürnberg, den 12. Dezember 1923 — 37. Jahrgang

Standhalten und durch!

Das deutsche Volk ist dem Rande des Abgrunds nahe. Die Not der schaffenden Schichten steigt höher und höher. Zu den schweren Bedingungen eines harten Friedensvertrages, zu den harten „Sanktionen" der Ruhrbesetzung usw. traten neue schwere Anordnungen, wozu die allerdings unverantwortlichen und wahnsinnigen nationalistischen Ausschreitungen in Deutschland als Vorwand herangezogen wurden.

Im Innern des Landes **zeigt der beispiellose Währungsverfall die brutalen Folgen einer unaufhaltsam fortschreitenden Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.** Handel und Wandel ist durch den Niederbruch der Kaufkraft zerstört. Die nagende Not hat nun auch die Mittelschichten und selbst Kreise ergriffen, die früher nie den Hunger aus eigener Erfahrung kennen gelernt haben.

Das deutsche Bürgertum hat allen Warnungen zum Trotz den Währungsverfall bis ins Unendliche weitertreiben lassen. Die Pfochofe der mühelosen Kriegsgewinne, Revolutions- und Inflationsgewinne hat in diesen Kreisen nie den Gedanken aufkommen lassen, daß wir einen verlorenen Krieg hinter uns haben. Jedem Zugriff auf das Vermögen, der Rettung aus dem Chaos gebracht haben würde, wurde der größte Widerstand entgegengesetzt. Erst jetzt, als man am Ende angelangt war, als alles drohte in der Nullenflut zu versinken, als dem Bürgertum das Wasser am Halse stand, hat es sich endlich besonnen, Sanierungsmaßnahmen zu ergreifen.

Aber, obschon auch die bürgerliche Presse heute das Eingeständnis macht, man müsse den Mut zur Armut aufbringen, werden aus diesem Standpunkt noch lange nicht die Konsequenzen gezogen. Man ist in den kapitalistischen Kreisen immer noch weit entfernt davon, wirkliche Opfer auf sich zu nehmen. Mit verhaltenem Atem beobachten die Devisen- und Wertgeld hamsternden Kapitalisten, ob das Experiment mit der Rentenmark gelingt.

Das **Uebergangsstadium zur neuen Währung** hat katastrophal gewirkt. Man hat das ganze Risiko der Arbeiterklasse aufgewälzt. Auf der ganzen Linie ist zu Arbeitseinschränkungen, zu Betriebsstillegungen geschritten worden, die in zahlreichen Fällen jeder zwingenden Notwendigkeit entbehrten. Handel und Wandel war in einen Zustand abwartender Spannung versetzt. Gewissermaßen die gesamte kapitalistische Wirtschaft ist auf einen Augenblick zum Stillstand gekommen. Die kapitalistische Produktion erlitt eine Atembeklemmung, sie machte eine Atempause, um sich auf die neue Situation einstellen zu können.

Unter der eintretenden ungeheuerlichen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ist das Elend der arbeitenden Schichten ins Grenzenlose gewachsen. Die Volkswirtschaft steht unter der größten Krise, die sie zu erleben. **Die Ernährungsschwierigkeiten der beschäftigungslosen** Massen steigen unter der noch fortschreitenden Teuerung ins Grauenhafte. Die große Hälfte der Bevölkerung zahlt zu den dringend Unterstützungsbedürftigen. Was wunder, daß es fast überall zu Verzweiflungsausbrüchen, zu Plünderungen, zu Ausschreitungen der Massen gekommen ist.

Unter diesem ungeheuren **Wirtschaftszusammenbruch** sind die Organisationen der Arbeiter, insbesondere die Gewerkschaften, den größten Belastungsproben ausgesetzt. Die Gewerkschaften und ihre Mitglieder haben in diesen Tagen schwerster Bedrängnis gewissermaßen ihre Generalprobe zu bestehen. Unter der scheinbaren, vorübergehenden — wir sagen ausdrücklich vorübergehenden! — günstigeren Kampfposition der Unternehmer haben die gewerkschaftlichen Organisationen mit allergrößter Kraftanstrengung zu arbeiten. Der letzige Vorteil im Kampfe, der auf der Unternehmerseite liegt, kann also erst recht nur durch umso festeren Zusammenhalt auf der Arbeiterseite ausgeglichen werden. **Es handelt sich in diesen Tagen für die Gewerkschaften um nichts an erst als um die Rettungsgabe, den Uebergang von der Papiermark- zur Goldrechnung für die Arbeiterschaft so günstig wie nur möglich zu gestalten.**

Wenn es unter den gegebenen Umständen nicht gelingt, auf einen Hieb die Aufgabe zu lösen, wie es erforderlich wäre, so darf das nicht entmutigen. Die grauen Geister der Not haben zwar auch in Kreisen der Arbeiterschaft Niedergeschlagenheit, ja selbst Verzweiflungsstimmung hervorgerufen. In solchen Zeiten neigen die Menschen leicht dazu, ungerecht zu urteilen. Aus mißvergnügter Stimmung heraus sind auch mancherlei Vorwürfe gegen die Gewerkschaften und ihre Führer gerichtet worden. Man erhebt dabei nicht selten gegenüber den Gewerkschaften Beschuldigungen auf Gebieten, wo viel stärkere politische Kräfte versagt haben. In Verkennung der politischen Machtzusammenhänge werden selbst die Sünden der Regierungen, die faulen Kompromisse der politischen Parteien, Fehler über Fehler auf politischem Gebiete zu Vorwürfen gegen die Spitzen der Gewerkschaften ausgebeutet. Solche Vorwürfe richten sich natürlich an die unrechte Stelle. Bei aller Kritik wird man unterscheiden und auseinanderhalten müssen, für was die Gewerkschaften verantwortlich und für was sie nicht verantwortlich gemacht werden können.

Die Gewerkschaften haben sich auf ihrem Gebiete stets mit aller Schärfe für das Wohl und Wehe der Schuharbeiterschaft eingesetzt. Wer deshalb in diesen Tagen verzweifeln wollte, hat den gewerkschaftlichen Gedanken nie begriffen. **Die Gewerkschaften sind und bleiben auch jetzt was sie stets gewesen sind, die Vertreter der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeitnehmer, die sie auf** ihrem Gebiete mit aller Energie verstehen, und **sie kennen auch in der gegenwärtigen Situation keine vornehmere Aufgabe als diese.**

Ihr Erfolg hängt allerdings davon ab, **welche Kraftentfaltung** sie entwickeln werden, wenn die wirtschaftlichen Bedingungen dafür, offen mit dem Gegner die Kräfte zu messen, wieder voll gegeben sein werden. Gewiß, solange die Wirtschaft stillsteht, gibt es keine Schlachten auf breitester Front, aber das wesentliche ist, in welchem Grade nachher die Räder geschlossen dasstehen werden. **In diesem Sinne erleben wir in der Tat das muß ausgesprochen werden, in diesen Tagen die Schicksalsstunde der deutschen Gewerkschaftsbewegung.**

Man muß sich über den dergeitigen Stand der Dinge völlig klar sein. Man hat sich in der jetzigen Situation zu fragen, ob denn in der deutschen Arbeiterschaft der Wille zum Leben so stark ist, daß er sich gegen das allmähliche Absterben alles dessen, was die Arbeiterschaft bisher gewonnen, erfolgreich zu wehren vermag. Bald muß sich zeigen, was ist. Läßt die deutsche Arbeiterschaft ihre Gewerkschaften zugrunde gehen, dann verliert sie alles; bringt sie die Gewerkschaften über die schwere Zeit als einen Machtfaktor hinweg, dann hat sie gewonnen!

Standhalten und durch! Ist jetzt die Parole, Kopfslosigkeit würde der Weg ins Verderben sein. Der Sieg wird in diesen entscheidenden Wochen demjenigen zufallen, der über kühle Ueberlegung und starke Nerven verfügt.

Bleibt die Arbeiterschaft geschlossen beieinander, dann wird auch der reaktionäre Spuk sich schnell verflüchtigen. Alle die offenen reaktionären Vorstöße, wie in Bayern, oder die schleichenden Angriffe auf die Arbeiterschaft, die Bestrebungen auf Verlängerung der Arbeitszeit, Kürzung der Löhne, Beseitigung der Tarifverträge, Abbau des Arbeiterschutzes und der Versicherungsgesetze sind nur der Ausfluß einer momentanen Ueberlegenheit. Diese Angriffe werden eine Episode bleiben, wenn der Zeitpunkt gekommen sein wird, die gewerkschaftlichen Kräfte ökonomisch zu verwerten und in die Wagschale zu werfen.

Ist sich die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit dessen bewußt, dann steht auch fest, daß die offene oder verdeckte Gegenrevolution nicht von Dauer sein kann, weil sie nicht in die Zeit der Prosperität, sondern in die einer Wirtschaftskrise fällt. Diese Gegenrevolution hat sich keinen günstigen Zeitpunkt ausgewählt. **In dieser Zeit des wirtschaftlichen Niederganges werden auch die brutalsten Diktatoren des Kapitalis-**

Arbeitslohn und Verbandsbeitrag.

Die Umstellung unseres Verbandsbeitrags ist nicht an allen Orten ohne Kritik aufgenommen worden. Es fehlt nicht an Kollegen, die der Meinung Ausdruck geben, die Beiträge seien zu hoch angesetzt, weshalb noch einmal auf den Gegenstand zurückzukommen ist.

Es kann sich nicht darum handeln, gegen Kollegen, die diese Gelegenheit benutzen, sich in radikal sein sollenden Ausfällen gegen die Verbandsleitung zu ergehen, viel Worte zu verlieren, denn in der Gewerkschaftsbewegung ist mit Ring und radikal sein sollenden Reden und Gebärden allein nichts getan, hier wird der ganze Mann gefordert, von ihm Mitwirkung, Opferbereitschaft, verbunden mit Ausdauer und Mitverantwortung, verlangt. Es dreht sich vielmehr darum, der am Wohl und Wehe unseres Verbandes teilnehmenden Kollegenschaft einige Unterlagen zur Beurteilung unserer Finanzverhältnisse mitzuteilen.

Unser Wochenbeitrag blieb bisher wesentlich hinter dem der Friedenszeit zurück, darauf ist ja schon wiederholt hingewiesen worden. Seit Jahr und Tag wurde ja im Verbande dem Münchener Verbandstagsbeschluß entsprechend an der Anpassung des Verbandsbeitrages an den Stundenlohn gearbeitet. Zur wirklichen Anpassung ist es aber fast nie gekommen, am allerwenigsten in der Zeit der sich entsetzlich überschlagenden Geldverterbnisverhältnisse vom August an. Selbst bei regelmäßiger Beitragszahlung war unser Wochenbeitrag immer viel niedriger angesetzt als der Stundenlohn, weil er erst immer eine Woche hinterhinkt, d. h. nach erfolgter Lohnerhöhung erhoben wurde. Für die letzten Wochen ist dies besonders nachweisbar an einigen recht drastischen Beispielen. Vom 3.—8. September war der tarifliche Mindestlohnlohn im Zeitlohn auf 1,551,792 ℳ bemessen; der Verbandsbeitrag in der höchsten Klasse war für jene Woche aber nur auf eine Million angesetzt. Die Woche darauf, vom 10.—16. September, wurden 4,192,528 ℳ Mindestzeitlohn erzielt, der höchste Verbandsbeitrag blieb aber auf 1¼ Millionen Mark stehen. Vom 17.—22. September war der Mindestzeitlohn für Männer auf 11,822,944 ℳ gestiegen, der Beitrag in der Spitze aber nur auf 5 Millionen Mark. Und so ist das Verhältnis auch für die Folgezeit weiter geblieben, wie aus der folgenden kleinen Tabelle hervorgeht. Es betrug:

	der tarifliche Zeitlohn pro Stunde	der tarifliche Verbandsbeitrag aber nur
vom 17. bis 22. September	28 291 200 ℳ	12 000 000 „
„ 1. „ 6. Oktober	33 609 216 „	30 000 000 „
„ 8. „ 13. „	90 744 966 „	50 000 000 „
„ 15. „ 20. „	275 504 144 „	140 000 000 „
„ 22. „ 27. „	2 522 218 240 „	1 000 000 000 „
„ 30. Okt. bis 3. Nov.	11 369 659 904 „	4 000 000 000 „
„ 4. bis 11. November	60 150 000 000 „	20 000 000 000 „
„ 13. „ 17. „	240 600 000 000 „	90 000 000 000 „

Daß die Einnahmen des Verbandes unter einer solchen Entwicklung hinter den Bedürfnissen der Organisation zurückbleiben mußten, liegt auf der Hand. Dazu kam noch die bekannte Tatsache, daß die Beitragsgelder oft erst nach Verlauf von Wochen hart entwertet bei der Hauptkasse eingingen, obschon die Ausgaben der Hauptkasse wie alles a tempo gewachsen sind. Durch die ganz enormalen Verhältnisse hat eben der Münchener Beschluß nie richtig durchgeführt werden können. Nachdem nun aber der Zahlstich Goldwert ausbedungen war, konnte unmöglich unter dem bisherigen unhaltbaren Zustand weitergearbeitet werden, daß die Verbandsausgaben durch die Einnahmen nicht ihre Deckung fanden. Es lag geradezu auf der Hand, daß man auch der gesamten Zeitpunkt zur finanziellen Umgestaltung der Organisation gekommen sei. Deshalb erfolgte nun der Beschluß, den Beitrag entsprechend dem Stundenlohn berechnet noch Goldpfennigen zu erheben gegen den bei richtiger Prüfung der Sachlage also nichts eingewendet werden kann.

Der Verband hat mit diesem Beschluß gewissermaßen wieder festen Boden betreten. An der Kollegenschaft liegt es, ihn zu befestigen, auf diesem Boden weiter zu schreiten. Die Zukunft wird lehren, ob es nach Durchführung des Beschlusses in abgeänderter Form möglich sein wird, die eingeschränkten Leistungen wieder voll in Erscheinung treten zu lassen. Abgesehen von den zunächst eingestellten Unterstützungen sei hier an unsere eingeschränkte Verbandspresse gedacht. Das Verbandsorgan soll uns immer als eine sehr unentbehrliche Waffe im Kampfe. Unser „Schuhmacher" hat mit besten Kräften versucht, den wirtschaftlichen Interessen der Kollegenschaft durch Belehrung und Aufklärung, durch Pflege des Gemeinschaftsgefühls gerecht zu werden. Im ständigen Lohnkampfe hat er sicher mitgeholfen. Aufsuchende Probleme des Lohnwesens und anderer Gebiete sind einerlend besprochen worden. Eine besondere Aufgabe lag darin, über die Sozialgesetzgebung, über Arbeitsrechtsfragen, über Berufsfragen und das Tarifwesen der Kollegenschaft Bescheid und Aufklärung zu geben. Dabei ist der große allgemeine Kampf der Arbeiter in unserem Organ nicht ohne dem Gesichtskreis verloren worden und es ist höchst bedauerlich, daß gerade in der Jetztzeit der konzentrierten Angriffe von rechts gegen die Arbeiterschaft zu einer beschränkten, nur 14tägigen Herausgabe des Fachorgans geschritten werden mußte.

Die deutsche Arbeiterbewegung hatte derjenigen anderer Länder den gewaltigen Vorteil einer umfangreichen Presse voraus. Dieser verdankt sie in noch höherem Maße als gemeinhin angenommen werden mag, ihre überragende Stärke. Jetzt aber, in einer Zeit, wo die besitzende Klasse sich anschickt, zwecks Errichtung einer kapitalistischen Diktatur die letzten Rücksichten fallen zu lassen wo die geistige Verbindung der Arbeiter, der Gewerkschaftsmitglieder, immer dringlicher wird, ist die Fachpresse wie auch die Tagespresse in eine sehr schwierige Lage gekommen. Unser „Schuhmacher" kämpft wie jeder von uns um seine Existenz. Ohne Fachpresse aber wäre unser gemeinsamer Kampf nur ein Kampf mit halben Mitteln, deshalb ist es an den Mitgliedern, für die Aufrechterhaltung der gewerkschaftlichen Verbindung alles auch das letzte zu tun. In erster Linie steht dabei die regelmäßige Zahlung des Verbandsbeitrages.

Neben den hohen Papierpreisen fallen nun auch in der Herstellung unseres Fachorgans die erhöhten Druckkosten erheblich ins Gewicht. Für einen Waggon Zeitungspapier von 10,000 Kilogramm sind jetzt, nach dem Stande von Mitte November, 3000 Billionen Mark erforderlich. Es steht fest, daß bei den verringerten Einnahmen der Hauptkasse unter der Berufe der Kurzarbeit das Fachorgan einen höheren Prozentsatz der Verbandseinnahmen als sonst beanspruht. Das gleiche trifft auch auf andere Ausgabeposten (Druckkosten, Porto usw.) zu, die sonst ebenfalls nicht im Vorbergrunde standen. Bei einer Auflage von 96,000 Stück waren für die Nummer 44 unseres Fachorgans aufzuwenden für Satz und Druck 35,5 Billionen Mark, für Papier 225 Billionen Mark. Mit den Ausgaben für Verpackung, Versand und dem Redaktionsgehalt stellt sich das Einzelstück nach nicht auf 10 Millarden Mark, das wäre an sich ein Betrag, der für jedes Mitglied als erschwinglich erscheint. Man hat demgegenüber aber die bemaßigen Beiträge in Betracht zu ziehen. Weiter hat man zu bedenken, daß während der Kurzarbeit Zehntausende von Kollegen nur als monatliche Beitragszahler in Betracht gekommen sind, daß die Beitragsarbeiter stark entwertet waren, daß sie bei der Hauptkasse eingingen. Mit dem Bestreben unseres Verbandes, allen Kollegen ohne Ausnahme, auch jedem, der nur alle vier Wochen in der Lage ist, einen Beitrag zu leisten, doch regelmäßig sein Fachorgan zuzustellen, hat unser Verband die Einschränkungen vermieden, zu denen zahlreiche andere Verbände gegriffen haben. Auch von einer Erscheinungsweise des Fachorgans in noch größeren Zwischenräumen wurde abgesehen, weil dadurch der Verbindungs-, Aufklärungs- und Propagandagrund der Verbandspresse schwer beeinträchtigt worden wäre. Natürlich ist damit die Verbandskasse stark belastet worden; es wurde auf das Äußerste gegangen, was unter den gedrückten Verhältnissen den Mitgliedern gewährt werden konnte.

Die Umorientierung in unserem Beitragssystem war also dringend nötig, und soll einen Schritt zum Besseren bedeuten. Denn das brauchen wir der Kollegenschaft wohl hier nicht auseinanderzusetzen, daß auch die anderen Verbandsausgaben, die notwendigen Reisekosten und Spesen bei Verhandlungen, die Kosten der Materialien, Briefporto usw. im gleichen Verhältnis gestiegen sind. Durch ein geregeltes Beitragswesen werden die Lasten auf viele Schultern verteilt, der Einzelne trägt den angemessenen Bruchteil, während die Organisation als Gangze wieder stärkere Mittel zur Verfügung hat. Nur so, wenn alle Kräfte gemeinsam arbeiten, werden wir auch diese Krisis überwinden. Voraussetzung für den Verband ist also, daß nun nach Wiedereinführung wertbeständiger Zahlungsmittel, unter der eine geschäftliche Wiederbelebung, wenn auch langsam, wieder vor sich gehen dürfte, jedes Mitglied seinen Beitragspflichten genau nachkommt. Nach der völligen Entthronung der Papiermark muß es möglich sein, einen Teil der Beiträge auch in Festmark der Verbandskassenpostkasse zu führen, d. h. auf Rentenmark-Zahlkarte einzahlen zu können, um damit auch Mittel für Auflagen zu schaffen. So wird am Ende auch die letzte Klippe umschifft werden können.

Schlagen wir also nicht alle jahrzehntelange gewerkschaftliche Erfahrungen in den Wind: Nur starke Gewerkschaften führen zum Erfolg. Ohne den festen Halt durch die Gewerkschaften wäre für die Arbeiterschaft jeder Widerstand dahin. Von welcher Stelle aus sollte die Arbeiterschaft noch geschützt werden, wo wäre ihr geholfen werden, wenn die Gewerkschaft ihre Kraft einbüßen würde? Lassen wir daher den Mut nicht sinken trotz dieser verzweifelten Zeit. Halten wir in Opferwilligkeit unserem Kampforgan, der Gewerkschaft, die Treue!

Die Stärke des Verbandes wird im wesentlichen mitbestimmt durch seine finanzielle Leistungskraft. Täuschen wir uns nicht über die Bedingungen der kommenden Kämpfe. Erhöhte Anforderungen stehen für unsere Organisationen in Aussicht. Das Unternehmertum wird zugreifen, ablehnender gegen die bescheidensten und gerechtesten Forderungen, wenn es im geringsten merkt, daß die Arbeiterschaft Opfer scheut und im Willen erlahmt. Schon manchesmal war die Arbeiterschaft in ähnlicher Lage wie heute. Aber noch jedesmal ist die Krisis durch die Aufopferung, durch Gesinnungsfestigkeit, durch Treue und Opferwilligkeit der organisierten Arbeiterschaft überwunden worden.

So gilt auch heute das Wort: Treue um Treue! Haltet in Treue eurer Verband hoch! Wer auf Schutz durch seinen Verband Anspruch erhebt, muß aufgehen in der Erfüllung seiner Pflichten. Wir wissen in diesen Tagen keine eindringlichere Mahnung an unsere Kollegen allerwärts zu richten, als die: Stärkt eure Organisationen durch fleißige Mitarbeit und pünktliche Zahlung der Beiträge, bedient euch des Mittels eurer Presse zur Aufklärung! Macht Front gegen jede Schwächung eurer Gewerkschaftsbewegung!

muß nicht in der Lage sein, die inner- und außenpolitischen Schwierigkeiten zu meistern. Die Spitzen der Bäume der Reaktion sind schon jetzt gekappt. – Die Reaktion von rechts wird nicht die Schwierigkeiten mit der Entente lösen können, sie wird nicht das Währungschaos entwirren, sie wird dem Volke keine billigen Lebensmittel verschaffen können. **Die Industrie kann nicht ohne die Arbeiter bestehen, das ist das Entscheidende,** und die Gewerkschaften werden ihre Pflicht tun. Sie werden stärker und mächtiger wieder hervorkreten können, sobald die Wirtschaft wieder eine Grundlage hat.

Noch steht die Wirtschaftskrise auf ihrem Höhepunkt. Wenn auch von gewissen Symptomen einer sich anbahnenden Besserung der Konjunktur gemeldet wird — auch an einigen Plätzen der Schuhindustrie zeigt sich wieder eine kleine Belebung —, so wird der wirtschaftliche Gesundungsprozeß doch Monate erfordern. **Die Kämpfe, die dann in Aussicht stehen, werden ganz anderer Natur sein, als wie die hinter uns liegenden. Je mehr die Währung festere Formen annimmt, werden heftige Kämpfe entbrennen um die Lohngroschen selbst.** Nachdem wir die Geldlohnberechnung haben, wird wieder wie vor dem Kriege vielleicht nur um wenige Pfennige aufs heftigste gestritten werden müssen.

Diese schwierigen Kämpfe **werden die Organisationen nur bestehen, wenn die Mitglieder jetzt treu anhalten bei ihren Organisationen.** Es wird nicht erst wieder Zeit vertan werden dürfen damit, die Reihen von Neuem zu festigen. Vielmehr wird der Erfolg davon abhängen, daß die Organisationen dann schlagfertig sofort eingreifen können. Die Organisationsleitungen werden dann umso größere Erfolge durchzusetzen vermögen, je mächtiger und stärker die Kräfte sind, die in den Organisationen hinter ihnen stehen und für die sie als Unterhändler aufzutreten haben.

Darum handelt jetzt verbrecherisch, wer seiner Gewerkschaft in dieser schweren Zeit die Treue nicht bewahrt. Es sind gar viele Feinde am Werke die dieses Bollwerk der deutschen Arbeiter mit und ohne Vorsatz bekämpfen. **Mißmut, Hoffnungslosigkeit, Not und Sorgen, falsche Meinungen über die wirklichen Urheber des unerhörten Wirtschaftselends, Irreführungen von politischer Seite aus, die Spekulation, die Arbeiterschaft für nationalistische oder gar monarchistische Ziele einzufangen, wirken sich bei dem von außenher wirtschaftlich bedrückten und seelisch gepeinigten Volke zu einem starken Gegner aus.**

Zur Ehre unserer Mitglieder sei festgestellt, daß unser Verband bisher vor größeren Erschütterungen bewahrt geblieben ist und daß die Mitglieder bewertige gerichtete Einflüsse gerichtet haben. **So musterten wir nach der Quartalsabrechnung, die nunmehr vorliegt, am 1. Oktober noch**

107,953 Verbandsmitglieder

gegen 109,925 am 1. Juli dieses Jahres.

Ist der Rückgang um 1972 Mitglieder natürlich auch bedauerlich, angesichts der ungeheuren Größe der uns umgebenden Schwierigkeiten, vor allem der schon im September hereingebrochenen Arbeitslosigkeit, kann nicht von einer anormalen Entwicklung gesprochen werden.

Natürlich ist die schlimmste Zeit erst im Oktober angebrochen, und seitdem erfolgt Schlag auf Schlag, unter denen die Arbeiter, am schlimmsten mit die der Schuhindustrie, in ihrer Existenz bedroht werden.

Daher müssen alle die Berufskollegen, die von den allerschwersten Prüfungen noch verschont wurden, ihrer Beitragspflicht voll und ganz genügen, und die übrigen müssen bereitstehen, um bei kommender Arbeitsgelegenheit das gleiche zu tun. Alle aber müssen rüsten, daß im gegebenen Augenblick die Reihen wieder geschlossen sind: restlos, wie nach den Zerstörungen, die seinerzeit der Krieg angerichtet hatte.

Auch damals bewährteleite sich für die wirklich Verzagten Kollegen das Wort: Treue um Treue! Und jetzt wieder in diesen Tagen und Wochen des Kufeinanderangewiesenseins und schwerster Bedrängnis daß uns kein anderes Gefühl beherrschen als dieses:

Wahre Treue bewährt sich in der Not!

Verordnung über das Schlichtungswesen.

Gestützt auf das Ermächtigungsgesetz hat die Reichsregierung durch eine Verordnung vom 30. Oktober 1923 das Schlichtungswesen neu geregelt.

An die Stelle der bisherigen Schlichtungsausschüsse treten neue, die von der obersten Landesbehörde im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister zu errichten sind. Unter möglichster Beachtung der wirtschaftlichen Zusammenhänge sind Bezirk und Bezirk zu bestimmen. Zulässig ist die Bildung erweiterter Schlichtungsausschüsse für mehrere Bezirke oder Teile mehrerer Länder. Unparteiische Vorsitzende und Beisitzer sind aus den Reihen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Anzahl bilden die Schlichtungsausschüsse.

Einsätzer werden die Schlichtungsausschüsse von allen Eingeschriebenen, auch von den Entlassungsbeschlüssen und Betriebsrätekreisen. Ist die Eingeschriebenen werden den Arbeitsgerichten übertreten. Als solche gelten, solange noch keine allgemeinen Arbeitsgerichte bestehen, die Gewerbegerichte und die Kaufmannsgerichte. In Bezirken, in denen solche Gerichte nicht bestehen, gilt der Schlichtungsausschuß als Arbeitsgericht entsprechend. Die Urteile der Arbeitsgerichte sind Urteilsverfahrensrechte. Die Urteile der Arbeitsgerichte sind nicht berufungsfähig.

Durch die Ueberweisung der Einzelstreitigkeiten an die Arbeitsgerichte wird die bisherige Tätigkeit der Vertrauensleute wesentlich gefördert. Für zulässige Anfragen aus § 9 Abs. 1 und § 10 Abs. 1 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt S. 1456) sind die Arbeitsgerichte zuständig (§ 1 Ziffer 11). Es sind § 32 – 36 Arbeitsgerichtsgesetz, § 2 Abs. 1, 4a Abs. 1, 4b Abs. 2 und 60. Sämtlich die Nichtzahlung von Gesamtarbeitsverträgen betreffend, weiter §§ 43 Abs. 2, 44 Abs. 4 Satz 2 Bestimmung einer vorläufigen Betriebsrat-Vertretung, § 52 Unbildung der Gesamtvertretung, § 56 Abs. 2 und 60 Bestellung einer vorläufigen Betriebsrat, § 80 Abs. 2 Streitentscheidung im Einzelfalle, § 98 Aufsichtsbehörde, § 97 Orten der Zustimmung zur Abänderung eines Bzw., ebenso § 98.

Für größere Bezirkshandelsbezirke bestellt der Reichsarbeitsminister nach Anhörung der beteiligten obersten Landesbehörde ständige Schlichter, die die Schlichtung in Sätzen, die für das Wirtschaftsleben von besonderer Bedeutung sind, zu übernehmen haben. Es sind das die Sätze, die in der Regel bisher vom Arbeitsminister vorgesehen worden. Für den Einzelfall kann der Reichsarbeitsminister einen besonderen Schlichter ernennen.

Schlichtungsausschüsse und Schlichter, die auf Antrag einer Partei oder von Amts wegen in Tätigkeit zu treten haben, haben zum Abschluß von Gesamtvereinbarungen (Tarifverträgen, Betriebsvereinbarungen) Hilfe zu leisten, wenn eine Schlichtungsstelle nicht verbindet ist oder den Abschluß einer Gesamtvereinbarung nicht herbeiführt.

Der unparteiische Vorsitzende des Schlichtungsausschusses oder der Schlichter haben zunächst zu versuchen, den Abschluß einer Gesamtvereinbarung herbeizuführen. Gelingt das nicht, so ist der Spruch einer Schlichtungskammer zu verbinden. In der in den Schlichtungsausschüssen neben dem Vorsitzenden je zwei Beisitzer sitzen, während der Schlichter zur Bildung einer Schlichtungskammer Beisitzer in beliebiger Zahl berufen kann, nur müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl vertreten sein.

Kommt vor der Schlichtungskammer keine Einigung zustande, so macht die Kammer einen Vorschlag für den Abschluß der Gesamtstreitigkeit. Nehmen ihn die Parteien an, so hat er die Wirkung einer formlosen Gesamtvereinbarung. Wird er von beiden Parteien angenommen, so kann er verbindlich erklärt werden, wenn die in ihm getroffene Regelung bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit entspricht und ihr Durchführung auch wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich ist. Die Verbindlichkeitserklärung erfolgt die Annahme des Schiedsspruchs.

Zuständig ist für die Verbindlichkeitserklärung der Schlichter, in dessen Bereich der Gesamtbereich der vorgeschlagenen Gesamtvereinbarung liegt. Das gilt auch dann, wenn er sich nur unwesentlich über den Bereich des Schlichters hinaus erstreckt. In den übrigen Fällen ist der Reichsarbeitsminister zuständig.

Der § Anschluß der Verordnung vom 23. Dezember 1918 über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestellte (Reichsgesetzblatt S. 1456) und § 22 – 28 der Verordnung vom 12. Februar 1920 über Einstellungen und Entlassungen und Verbindlichkeitserklärungen durch den Demobilmachungskommissar treten nach Durchführung dieser neuen Verordnung außer Kraft, welche praktisch Anwendung ab 1. Januar 1923 ihnen zeit, wenn der Reichsarbeitsminister nichts anderes bestimmt. Auch die Einigungsämter von Innungen, die auf Grund § 31a GO. errichtet sind, werden aufgehoben.

Die Berufsbörse müssen sich jetzt schon auf die neuen Verhältnisse umrüsten. Die Vertretung der Arbeitnehmer bei Entlassungsstreitigkeiten durch die Berufsbörse vor den Arbeitsgerichten ist noch zu regeln, denn den Berufsbörsen mangelt die aktive Parteifähigkeit, so daß sie nur als Beauftragte der gewerkschaftlichen Arbeitnehmer tätig werden können. Eine Reihe weiterer Zweifelsfragen werden sich bei der unmittelbaren Anwendungen noch ergeben. Deshalb sind diese Darlegungen auch nur die erste Einführung in diese neue Materie.

Die Neuerungen im Postverkehr.

Vom 1.–15. Dezember dürfen Postanweisungen, Nachnahmen, Postaufträge und Postkarten nur noch über volle Millionen lauten. Anstelle der Rubriken ist das Wort Millionen zu setzen.

Vom 13. Dezember ab dürfen Zeitschriften, Ueberweisungen und Briefe (Postscheckverkehr) nur noch auf Rentenmark lauten. Auch Geldanleihe in Höhe von 5 Dollar = 21 Goldmark wird heute in Rechnung genommen. Zahlkarten für Papiermarkkonten werden ab 13. Dezember nicht mehr angenommen.

Die Portogebühren

sind seit 1. Dezember vorläufig unverändert. Bei Bezahlung der Marken und Gebühren in Papiermark erfolgt die Umrechnung nach einer bei der Post jeweils durch Aushang bekanntgegebenen Umrechnungszahl. Für Briefe gelten nunmehr nur zwei Gewichtsstufen: bis 20 Gramm und über 20 bis 500 Gramm. Die wesentlichsten Gebühren ab 1. Dezember sind die folgenden:

	im Ortsverkehr:	im Fernverkehr:
Postkarte	3 Rentenpfennig	5 Rentenpfennig
Briefe bis 20 Gramm	5	10
über 20 bis 500 Gramm	10	20
Drucksachen bis 50 Gramm	1	3
über 50 bis 100 Gramm	2	5
„ 100 – 250 „	3	10
„ 250 – 500 „	5	20
„ 500 – 1000 „	10	30
Geschäftspapiere bis 250 Gramm	5	10
über 250 bis 500 „	10	20
„ 500 – 1000 „	20	30
Büchsen bis 1 Kilogramm	30	50

	in Rentenmark:		in Rentenmark:
Postanweisungen bis 25 Mk.	20 Pfg.	bis 25 Millionen	20 Pfg.
über 25 – 50 „	40 „	über 25 bis 50 „	40 „
„ 50 – 100 „	60 „	„ 50 – 100 „	60 „
„ 100 – 250 „	80 „	„ 100 – 250 „	80 „
„ 250 – 500 „	120 „	„ 250 – 500 „	120 „
„ 500 – 750 „	160 „	„ 500 – 750 „	160 „
„ 750 – 1000 „	200 „	„ 750 – 1000 „	200 „
für je weitere 250 Mk. oder einen Teil davon, mehr 40 Pfg.		für je weitere 250 Mill. oder einen Teil davon, mehr 40 Pfg.	

Für Zahlkarten (Postscheckverkehr) einheitlich Sammelgebühr in Rentenmark ist vorgesehen eine Gebühr von 10 Rentenpfennigen für Beträge bis zu 25 Mk. bei Höchst Gebühr bei mehr als 1000 Rentenmark soll betragen 5 Rentenmark.

	in der 1. Zone bis 75 Km.	in der 2. Zone über 75 bis 375 Km.	in der 3. Zone über 375 Km.
Pakete bis 5 Kilogr.	30 Rentenpfg.	40 Rentenpfg.	60 Rentenpfg.
über 5 bis 5 „	40	60	80
„ 5 – 7 „	40	80	120
„ 7 – 10 „	50	100	150
„ 10 – 15 „	60	120	180
„ 15 – 20 „	80	150	225
„ 20 – 25 „	100	180	270
„ 25 – 30 „	120	240	360
„ 30 – 35 „	140	300	450
„ 35 – 40 „	160	360	540
„ 40 – 45 „	180	420	630

usw.

Die Auslandsgebühren betragen für Postkarten 30 Rentenpfennige (nach Umrechnung bei Tschechoslowakei 15 Rentenpfennige), für Briefe bis 20 Gramm 30 Rentenpfennige (nach Ungarn und der Tschechoslowakei 24 Rentenpfennige); für Drucksachen für je 50 Gramm 50 Rentenpfennige.

Wirtschaftszahlen (Geldkurse und Lebenshaltungsindex)

(Angabe in Millionen).

Datum	Amsterdam Scheck	Berlin Scheck	Brüssel Scheck	Christiania Scheck	Kopenhagen Scheck	London Scheck	New York Scheck	Paris Scheck	Prag Scheck	Wien Scheck	Zürich Scheck	Lebenshaltungsindex
26. Nov.	4 200 000	10 000	4 200 000	1 002 900	gestrichen	—	1 418 000	1 418 000	—	—	—	0,30
27. „	4 200 000	10 000	4 200 000	1 002 500	4 400 000	—	1 395 000	—	—	—	—	0,10
28. „	4 200 000	10 000	4 200 000	1 002 500								
29. „	4 200 000	10 000	4 200 000	1 002 500								
30. „	4 200 000	10 000	4 200 000	1 002 500	4 400 000	1 515 000	1 357 000	—	—	—	—	0,10
1. Dez.	4 200 000	10 000	4 200 000	1 002 500	4 400 000	1 515 000	—	—	—	—	—	0,10
7. „	4 200 000	10 000	4 200 000	1 002 500	4 400 000	1 515 000	—	—	—	—	—	0,10
	+ 24,7%	0 — 1,9%		0	0	0						0 — 0%

Zur Lage in Sachsen.

Differenzen in der Schuhindustrie.

In Bautzen haben in den letzten Tagen einige Fabrikanten ihre Schuhfabriken die Produktion wieder aufgenommen. Von 50 Dresdener Schuhfabriken sind nur noch 13 in Betrieb, darunter nur ein einziger, was zum Teil auf gewerbliche Gründe zurückzuführen ist. Eine Mitgliederversammlung nahm eine Stellung gegen die infolge der erhöhten Grundpreise viel zu niedrig angesetzte Lohnbasis von 40 Goldpfennigen pro Stunde. Die Versammlung erklärte den Arbeitgeber und Unterzeichnung auf diese Basis ist kurz in die Wege springen, wenn man die Vertragsabsicht der Arbeitgeber gleicht. Dieser gewaltige Lohnabbau müsse bei weiteren Verhandlungen wieder rückgängig gemacht werden. Mit bedauert sei die Arbeitstreude und Interessiert der Leitung entsprechenderbeiten, die zum Ersticken der Industrie unerträglich ist. — Einen Verbot gegen den Reichsstreik bei der Arbeitswiederaufnahme die Firma Fischer & Co. in Leubnitz unternommen, indem sie erklärte, daß sie jede Hand haben könnte, um die Arbeiter ohne Reichsstreikvertrag zu beschäftigen. Der Firma bedeutet nicht das bestehende Mitbestimmungsrecht. Den ersten Schritt, es zu beseitigen, macht, daß die Wiedereinstellung der Betriebsratsmitglieder abschlägig verzögert, vielleicht und vorläufig verhindert wird. Die Arbeiterschaft, wenn sie die nötigen Schritten der Firma stets aller sprechlichkeiten Arbeiterkreise und den Arbeitern sind außerordentlich Dulden duldsamen, wird ihr einen Strich durch die Rechnung machen, denn der Reichsstreikvertrag hat unbedingte Allgemeinverbindlichkeit. Dieser Trumpf muß durch die Arbeiterschaft ausgespielt werden.

Die Firma ist übrigens nicht die einzige am Orte, am erbeichte Lohndifferenzen mit der Arbeiterschaft entstanden sind. Die Unterschrift der Arbeitgeber in Lohndifferenzen wird in mehreren Fällen dazu benützt, die Löhne erheblich zu reduzieren. So wurde bei der Firma Seite & Hauch ein Lohnabbau versucht: bis zu 30 Prozent. Die Firma Pampel & Müller, ebenfalls die Firma Elite haben den Betriebsrat nicht zu Lohnfragen gemacht. Bei der Firma Walther Ch. Müller soll ein Aufschlag, nach dem schon über ein Jahr bezahlt wurde, herabsetzt werden, weil angeblich ein Zweig geschlossen sein soll. Aus spezialisierten Gründen werden jetzt, wo der Tariffrieden unabgesagt ist, von verschiedenen Firmen die Lohn- usw. Zulagenzahlungen auf an den vereinbarten Tagen vorgenommen. Die Differenzen und Streitfälle werden die örtliche Schiedsstelle beschäftigen. Die Arbeiter haben ein gutes Recht, gegen eingreifende diese vertragsbrüchigen Zumutungen aufzutreten, sind ihnen doch soweit gegangen der Friedensschluß ganz gewaltige Abbrüche gemacht worden.

Im sächsischen Schuhmacherhandwerk ist auf Grund des Landestarifvertrags nunmehr ein neues Lohnabkommen mit einem Spitzenlohn von —,55 Goldmark mit Wirkung vom 22. Oktober an eingegangen worden.

Mitteilungen.

Neue Lohnverhandlungen für die Schuhindustrie beantragt.

Seitens der Arbeitnehmerverbände ist unter Vorbehalten auf Abschluß eines neuen Lohnabkommens mit die Zentralverbände gestellt worden. Verhandlungen sind auf den 1. Dezember 1923 festgesetzt, ab in Erfurt, Anhalt, Kreis der Arbeitgeberschaft wird, beziehungsweise mit den beiderseits unterzeichneten Preisbüchern, und bezieht ein Lohnausgleich für die laufende Woche verlangt. Ueber das Verhandlungsergebnis werden die Ortsverwaltungen auf dem schnellsten Wege durch Rundschreiben verständigt werden.

Herr Robert Schwan, Inhaber der Fabrikanten in Pirmasens, derselbe, der in dem uns für die vorige Nummer zur Verfügung gestellten Artikel die absolute Ansicht vertrat, daß unerlaubte Preisgestaltungen bei ungerechtfertigten Löhnen die Karrikatur demaskieren müßten, jetzt sich leider und anderen Gebiete auch in anderem Lichte. Nach einer Notiz in der „Frankfurter Zeitung" ist der bezeichnete Herr Schwan nämlich in den Pfälzischen Separatisten übergegangen, ein Gebiet, durch den er sich jedenfalls nicht zum Freunde auch mit einer Zahl der Arbeiterschaft machen dürfte. Herr Schwan tritt in der Pfalz sogar als „Regierungskommissar" auf. Wie wir hört erfahren, ist er seines Postens als Vorsitzer des Pfälzer Schuhfabrikantenvereins enthoben worden, was jedenfalls mit der gemeinten politischen Wandlungsfähigkeit des betreffenden Herrn in Verbindung steht.

Schuhverbeitz-Spitzenlöhne. In Hannover ist das Lohnabkommen seitens der Arbeitnehmer aufkündigt worden, angeblich, da es unzulänglich sei, im Lohn dem Reichsindex zu folgen. (!) In Verhandlungen am 18. November hatten nun die Arbeitgebervertreter Aufbau der Löhne auf Goldschuhpreise verlangt, die Arbeitgeber machten aber ein ganz unzulängliches Angebot. Nun hat am 27. November der Schuhfabrikantenverband Hannover-Hildesheim, daß der Spitzenlohn ab 19. November auf 40 Milliarden Mark pro Stunde zu betragen hat.

In Hamburg hatte die beantragte Erhöhung der Löhne in Verhandlungen zu keiner Einigung geführt. Daraufhin entstand der Schlichtungsausschuß am 27. November, daß der Spitzenlohn von 45 auf 50 Goldpfennig zu erhöhen ist. Der Spruch wurde von beiden Gruppen, Arbeitgebern wie Arbeitnehmern, angenommen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Die Wochenbeiträge.

Vom 9. Dez. bis 15. Dez. ist der 50. Beitrag fällig
„ 16. „ 22. „ 51. „

In der 49. wie auch in der 50. Woche war der Beitrag dem Dollarstande entsprechend in Papiermark umgerechnet ohne Lokalzuschlag auf 100 Milliarden, in der niedrigsten Klasse, steigend auf 200 Milliarden Mark in der höchsten Klasse bemessen.

Für Zeitarbeiter gilt nach wie vor die Regelung, daß diejenigen, die pro Woche weniger als 9 Stunden arbeiten, jeden Monat, und diejenigen, die von 9–25 Stunden pro Woche arbeiten, jede zweite Woche einen vollen Beitrag zahlen. Aufgerbeiter, die 30 Stunden und darüber in der Woche beschäftigt sind, werden den Dollarbeitern gleichgeachtet, d. h. für sie kommt die Beitragszahlung jede Woche in Betracht.

Genehmigung von wöchentlichen Zusatzbeiträgen.

Auf Grund des § 6. Ziffer 1. des Statuts wird den nachstehenden Zahlstellen die Erhebung von Zusatzbeiträgen in der angegebenen Höhe genehmigt (alles pro Beitragswoche):

Dillenburg, ab 6. Beitragswoche: 50 Milliarden Mark in allen Klassen. Zeitzig, ab 47. Beitragswoche in allen Klassen 10 Goldpfennige pro Mitglied. (Nur für Erwerbslose und Lohntage.) Reichenbe, ab 49. Beitragswoche in allen Klassen 5 Goldpfennige.

Die Mitglieder genannter Zahlstellen machen wir hiermit aufmerksam, daß die Nichtzahlung dieser Lokalbeiträge die Folgen des § 8 Absatz 4 nach sich zieht.

Nürnberg, den 4. Dezember 1923. **Der Vorstand.**

Achtung! Fachblatt-Sendungen betreffend!

Aus Sparsamkeitsgründen ist die Abholung der Verbandsblatt-Sendungen bei der Post unsinnig und von den Zahlstellen, die bisher sich bezog, noch nicht verbunden haben, durchzuführen.

Durch die Zustellung gehörte ist bisher die Hauptzeitung, welche bisher nicht bis zum Ende der Ueberweisungsgebühr von Nürnberg bis zum Postorte. Für jedes Eingeschrieb und von Versendung 1,2 Pfennig Zustellungsgebühr zu zahlen, sicherlich ab verpflichtet aber einzelne übersteigen. Das macht bei einer Auflage von 100.000 pro Vierteljahr 1200 Goldmark oder nach dem derzeitigen Kurse 1200 Billionen Papiermark. Diese Ausgabe kann der Hauptstelle abgenommen werden, wenn nun jede Zahlstelle Verfügungen trifft, daß die Sendung bei der Post abgeholt wird.

Der Vorstand, an den die Zeitungssendungen gerichtet sind, hat in Zweifel des Quartals unsicht nicht gewechselt werden. Weil Zahlstelle neue, zusätzliche Unkosten entstehen. (Kontrollnahme, die von neuem mit Geschäftsbetrieb wird.) Gleichzeitig wie die sommerlichen Ortsverwaltungswahlen ausgehen, sollte der einmal eingegebene Kollege und das Vorstandsmitglied Dienstbote der Nachtarbeiterbenungen bleiben. Die Ueberweisungen gelten immer auf ein ganzes Vierteljahr und sind von uns zu Vierteljahr, Dezember, Januar, April, Juli, September jeweils zum 1. die genaue Adresse des Empfängers (auch wenn die Zeitungen bei der Post abgeholt werden), für größere Orte auch genaue Bezeichnung des für den Wohnbezirk zuständigen Postamts. 2. ist die Zahl der gewünschten Exemplare. Wo sich in Bezug auf beides etwas geändert hat, muß uns bis spätestens den 25. Dezember mitgeteilt werden.

Bei der jetzigen Lage (30. Dezember) müssen wir unterstützer bitten, welche Zahlstellen sich nun noch der Abholung der Sendungen bei der Post anschließen, wieder Blätter bekommen, wie die Kosten einer Bildung von 6 Mark für Zahlstellen und 3 Mark für größeren Zahlstellen, die Sendungen abholen. Zahlstellen, die bis dahin keine Zeitungen bekommen haben, müssen bis spätestens 28. Dezember Mitteilung an die Expedition gelangen lassen. Alle Zahlstellen, Mitgliedschaften, die bis dahin keine Zeitungen bekommen haben, können ohne weiteres ab 1. Januar mit Abholer bei Post abgeholt werden, wenn sie bemerken ist, daß dieser immer für ein Vierteljahr gilt.

Die Entscheidung der Partei ist bei der Post zu erfahren. Die Ortsverwaltungen haben den Vorstand zu unterrichten, wenn sich etwas Neues bei Ortsverwaltung verändern Zahlstellen oder einem Ausbruch der Ortsverwaltung verändern Beauftragten einsetzen.

Wir bitten, daß die Ortsverwaltungen, wenn sich von den Zahlstellen der Bezirk an Fachblättern nach Anfertigung eingeschränkt wird, sofort doch ein Einzelfall schon mehrere Mitglieder. Es wird erwartet, daß die Zahlstellen sich im ganzen Jahre nicht einmal rühren, wenn Mindestbezirk vorliegt, dieses bis zum Schluß Tarifen und Mitteilungen. Alles wird zusammenwirken, um mit Interessen Mitteln benützen Effekt zu erzielen.

Die Expedition.

Gebiter Kopfer auf D. R. G. G. Patent für den Gebrauch der Kopfer Gebiter gesucht. E. Wolf & Söhne, Schuhfabrik, Mosbach (Baden).

Einige Schuhmachergehilfen für vorzugsweise Sportschuhwerk zum sofortigen Eintritt gesucht. Es kommen nur solche erfahrene Kräfte in Betracht, möglichst Arbeiter über 20 Jahre.

Dr. Schneider, Offenburg.

Rüdiger, Winkel, Zirkel, Messer u. Kodell. Liste 8 gegen Rückporto.

H. Franke, Artern 17.

Ich suche zu sofortigem Eintritt:
1 perf. Maschinenarbeiter für Kettel'sche Maschinen; 1 Zuschneider für Rubber- und Gummiteile; an möglichst aus Fensterleder und der Branche aus Schuhwaren führen; bevzgt. 1 Werkzeugschmied.
Es kommen nur 1 Kräfte in Frage.
Alfred Rogg, Schuhfabrik, Epfenhofen (Württemberg).

Die Mitarbeiter des Kollegen Georg Jung, Schuhfabrik Kern, Frankfurt a. M., bringen auf diesem Wege, zu seinem am 13. Dezember stattfindenden 25jährigen Verbandsjubiläum ihre Glückwünsche dar.

E. Vögtle, Berlin N. 54
Stolzinger Straße 83
Generalvertretung der Firma Johannes Kuno Schuhe, Fabrikation für Berlin, Brandenburg, Pommern und Mecklenburg.
Amtliche Vertretung für Land- u. medicin. Artikel.
Spez.: Dahl Schweizerhäuser Wagner, Marke „Hachiß".
Spezialvertretung für Baltisch schwarzbeis. — Händlerinnen Jubiläum Sammerg.

Druck: Fränkische Verlagsanstalt & Buchdruckerei G. m. b. H. Nürnberg. — Verlag: Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands (B. Eimen) Nürnberg, Essenweinstraße 4.